

# Die überwältigende Mehrheit des israelischen Parlaments verurteilt Ben & Jerry's für den Boykott von „Städten in Israel“

Jonathan Ofir, mondoweiss.net, 29.07.2121

**Gestern schickte eine überwältigende Mehrheit der israelischen Parlamentarier ein Schreiben an Unilever, die Muttergesellschaft von Ben & Jerry's, in dem sie das Unternehmen aufforderten, die Entscheidung des unabhängigen Vorstands von Ben & Jerry's zu überdenken, keine Geschäfte in völkerrechtswidrigen Siedlungen zu tätigen.**

Israel scheint darauf bedacht zu sein, die Welt davon zu überzeugen, dass seine Besatzung nicht wirklich existiert und dass das gesamte historische Palästina nur „Israel“ ist.

Der Brief wurde von 90 der 120 Knessetmitglieder unterzeichnet, sie behaupteten, die Entscheidung von Ben & Jerry's bedeute, „Städte in Israel“ zu boykottieren, obwohl der Sinn des teilweisen Boykotts von Ben & Jerry's darin besteht, dass die völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht als legaler Teil Israels betrachtet und eklatante Verstöße gegen das internationale Recht darstellen.

Der Brief ist also eindeutig annexionistisch. Initiiert wurde er von Merav Ben Ari von der zentristisch-en Partei *Jesch Atid*, die von Außenminister Yair Lapid geführt wird. Dies ist ein weiterer Beweis für die eiserne Unterstützung der israelischen Politik für die Siedlungen, wie diese Website berichtet hat.

Der Staat Israel führt derzeit eine langwierige und intensive Kampagne gegen Ben & Jerry's, sie wollen das Unternehmen zwingen, seine Entscheidung rückgängig zu machen. Da der Entschluss von Ben & Jerry's erst in anderthalb Jahren in Kraft tritt (auf der Grundlage der Nichtverlängerung lokaler Verträge), will die israelische Regierung diese Zeit nutzen, um über die höchsten diplomatischen Ebenen ständigen Druck auszuüben, und hat Berichten zufolge eine Task Force eingerichtet, die Ben & Jerry's über Politik, Verbraucher und Medien beeinflussen soll.

**Hier folgt der wichtigste Wortlaut des Schreibens:**

*„Wir, die Unterzeichner, sind fast alle Mitglieder der Knesset, des israelischen Abgeordnetenhauses, wir kommen aus dem gesamten politischen Spektrum von links bis rechts, Oppositions- und Koalitionsmitglieder, die sich gemeinsam gegen die beschämenden Schritte wenden, die Ben & Jerry's Homemade Holdings in der vergangenen Woche zum Boykott von Produkten in Judäa und Samaria unternommen hat. Die Entscheidung, Städte und Gemeinden in Israel zu boykottieren, sowie der monatelange Versuch des Unternehmens, diese Boykottpraxis sofort dem israelischen Hersteller-Manager Avi Zinger aufzuzwingen, ist eine unmoralische und bedauerliche Entscheidung, die allen Bewohnern von Judäa und Samaria schadet und Hunderte von israelischen Arbeit-*

*nehmern, Juden wie Araber, in Mitleidenschaft zieht. Vor allem aber schließt diese Entscheidung nicht nur große Teile der Öffentlichkeit aus, die das Management von Ben & Jerry's anscheinend zu unterstützen versucht, sondern verstößt auch gegen die Gesetze des Staates Israel: das Gesetz über das Verbot der Diskriminierung bei Produkten und das Verbot des Boykotts verschiedener Gebiete des Landes. Wir fordern Sie dringend auf, diese Entscheidung zu überdenken und dieses ungerechte Gesetz zu ändern".*

Der Brief bezieht sich auf zwei Gesetze/Änderungen aus dem Jahr 2011, von denen eines als Anti-Boykott-Gesetz bekannt ist, das die öffentliche Förderung eines akademischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Boykotts durch israelische Bürger und Organisationen gegen israelische Einrichtungen oder völkerrechtswidrige israelische Siedlungen in der Westbank untersagt. Der Mischmasch aus dieser rechtlichen Vorgabe und dem Antidiskriminierungsgesetz soll Ben & Jerry's ein illegales, moralisch verwerfliches und „schändliches“ Verhalten vorwerfen.

**Doch das ist das israelische Universum, in dem es kein internationales Recht gibt und die Apartheid-Diskriminierung von Palästinensern nur eine Stadt in Norwegen ist. Israel scheint darauf bedacht zu sein, die Welt davon zu überzeugen, dass seine Besatzung nicht wirklich existiert und dass das gesamte historische Palästina nur „Israel“ ist.**

Bereits Stunden nach der Veröffentlichung des Briefes gab es Anzeichen von Unbehagen bei den linken Unterzeichnern. Während der Brief von Gesetzgebern aus dem gesamten zionistischen politischen Spektrum, von Meretz bis zum religiösen Zionismus, unterzeichnet wurde, erklärten linke Parlamentarier, dass ihnen die endgültige Fassung des Briefes nicht vorab vorgelegt worden sei. Sechs von ihnen zogen sich zurück: der einzige Unterzeichner von Meretz (der am weitesten links stehende Unterzeichner) Yair Golan, und die fünf Signatoren von Labor. Golan, der den höchsten Parteirang im Parlament innehat, twitterte, er habe später „verstanden, dass der Brief nicht [seine] Position vertritt“, da die Siedlungen in der Westbank keine „Städte in Israel“ seien (Zu Golan: Die Nummer 1 und 2 von Meretz, Nitzan Horowitz und Tamar Zandberg, sitzen nicht im Parlament, obwohl sie nach dem „norwegischen Gesetz“ Minister der Regierung sind - Pako: das norwegische Gesetz ist ein Zusatz zu einem Basis-Gesetz des Staates Israel, das es auch für Nichtmitglieder der Knesset ermöglicht, Minister zu sein). Emilie Moatti von der Arbeitspartei sprach für die anderen Parteimitglieder, die den Brief unterzeichnet hatten, sowie für Meretz und twitterte:

*„Labor und Meretz haben eine klare Politik, deren Kern die Trennung von den Palästinensern und eine Zwei-Staaten-Lösung ist... Die endgültige Version des Briefes (die mir nicht vorgelegt wurde) stellt nicht meine diplomatische Position dar.“*

Es scheint, dass sie einer Idee zugestimmt haben, die veröffentlicht wurde, bevor ihnen die endgültige Fassung gezeigt wurde. Aber was war das für eine Idee? Naama Lazimi von Labor erklärte in einem Tweet, dass es ihr lediglich darum ging, „eine Lösung für die 160 Beschäftigten der Ben & Jerry's-Fabrik in Be'er Tuviya zu finden“, womit sie sich auf eine der vier lokalen Ben & Jerry's-Fabriken bezog, dabei merkte sie jedoch an, dass „wir eine beständige Stimme gegen die Ausweitung der Siedlungen und für Frieden und eine Zwei-Staaten-Lösung bleiben.“

Bei der Entscheidung von Ben & Jerry's handelt es sich um einen Teilboykott, der für jeden Zionisten, der gegen die Siedlungen Stellung bezieht, durchaus akzeptabel sein dürfte. Es handelt sich nicht um einen Boykott Israels. Selbst diese Art von Aktion hat jedoch einen politischen Preis. Wenn die Unterzeichner aus dem linken zionistischen Spektrum nicht vorgehabt hätten, Ben & Jerry's dazu zu drängen, den israelischen Siedlungskonsens zu akzeptieren, hätten sie den Brief von vornherein meiden sollen.

Die vier Knessetabgeordneten von *Ra'am* (Vereinigte Arabische Liste) sowie die sechs Abgeordneten der Gemeinsamen Liste, die die meisten palästinensischen Bürger Israels parlamentarisch vertreten, erkannten schon von weitem, worum es in dem Brief ging. Aber fast die Hälfte der jüdischen Linken im Parlament (sechs von 13 Abgeordneten von *Meretz* und *Labor*) stimmten dem Vorschlag zu.

Als die Idee dann tatsächlich mit expansionistischer Prahlerei vorgetragen und die Siedlungen unumwunden als Teil „Israels“ bezeichnet wurden, ging dies den Unterzeichnern zu weit. Man beachte, dass Lazimi gegen die Ausweitung der Siedlungen ist, und nicht gegen die Siedlungen an sich. Dies ist eine konsequente Heuchelei von *Labor*. Als der frühere *Labor*-Premierminister Ehud Barak von der Linken dafür gescholten wurde, dass er während seiner Amtszeit von 1999 bis 2001 Rekorde im Siedlungsbau aufgestellt hatte, konterte er, dass er keine neuen Siedlungen baue, sondern nur alte erweitere. Die Heuchelei ist bei *Meretz* nicht viel besser. Kürzlich sagte der *Meretz*-Vorsitzende Nitzan Horowitz in einem Interview, er sei gegen den Boykott und „manchmal“ kaufe er „Produkte, die in den Siedlungen hergestellt werden“. Diese Leute wollen ihr Eis behalten und es auch essen.

Der Brief ist zu einem kleinen PR-Problem für die schwache zionistische Linke geworden. Er hat nur allzu deutlich gezeigt, was sie zu verbergen versucht haben. Er enthüllt die Wirklichkeit, dass die Siedlungen weithin als integraler Bestandteil Israels angesehen werden und dass jeder Versuch, Israel dafür zur Rechenschaft zu ziehen, mit einem heftigen Angriff des Staates beantwortet wird, der ständig versucht, seine Verbrechen zu legalisieren und diejenigen zu bestrafen, die sich ihnen widersetzen.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://mondoweiss.net/2021/07/whopping-majority-of-israeli-parliament-condemn-ben-jerrys-for-boycotting-towns-and-cities-in-israel/>